

Vorstand

Frank Lasinski (Vorsitzender)
Kai Boeddinghaus (Bundesgeschäftsführer)
Christian Anhalt
Dr. med. Maria Theresia Lautenschlager
Daniel Buechner
Johann-Georg Leblang
Stefan A. Duphorn
Gabi Aubele

Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg
Registernummer: VR 29713 B

Riedelstraße 32, 34130 Kassel

www.bfffk.de
info@bfffk.de
Telefon: 0561 9205525
Telefax: 0561 7057396

03. 06. 2020

Bundesverband für freie Kammern e.V.*Riedelstr. 32*34130 Kassel

Niedersächsisches Ministerium für Soziales,
Gesundheit und Gleichstellung
- Frau Ministerin Dr. Reimann / **persönlich** -
Hannah-Arendt-Platz 2
30159 Hannover

per Telefax: 0511/ 120 - 99 4040

OFFENER BRIEF

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Reimann,

auf Empfehlung des Pflegebündnis Niedersachsen haben Sie mich freundlicherweise in den Beirat zur Evaluation der Pflegekammer Niedersachsen berufen. Das Pflegebündnis hat mich heute aufgefordert, meine Mitarbeit im Beirat mit sofortiger Wirkung zu beenden. Ich komme dem mit voller Überzeugung nach und erkläre hiermit mein sofortiges Ausscheiden aus dem Beirat.

Nachdem trotz atmosphärischer Spannungen zunächst eine konstruktive Zusammenarbeit bei der Gestaltung und Formulierung der Begleitinformationen und Fragestellungen durchaus gelungen war, wurde der Beirat spätestens mit der in keiner Weise zuvor kommunizierten und abgesprochenen Entscheidung zur Verschiebung der Befragung zur dekorativen Staffage. Die Information an die Beiratsmitglieder, denen mit Datum vom 30. März 2020 mitgeteilt wurde, die Evaluation liege im Zeitplan, muss vor dem Hintergrund, dass die beauftragte Druckerei wegen der Corona-Krise nicht arbeiten konnte und der weiteren Mitteilung des Ministeriums nur 2 Tage später über die dann erfolgte Verschiebung der Umfrage, als vorsätzlich falsch bezeichnet werden.

Dass der Beirat trotz erheblicher Bemühungen weder in die Formulierung, die notwendigen

Begleit-Informationen noch die Ausgestaltung der neu hinzugefügten „politischen Frage“ über die Zukunft der Pflegekammer miteinbezogen wurde, straft jede Behauptung von einem partizipativen Prozess Lügen. Dazu gehört auch, dass Sie, Frau Ministerin, es nicht für notwendig erachtet haben, meinen am 27. April 2020 an Sie persönlich gerichteten Brief überhaupt zu beantworten.

Die nun gewählte Fragestellung nebst dem gewählten Setting ohne vernünftige Erläuterungen, mit der Positionierung der Frage am Schluss ist ein Paradebeispiel für manipulatives politisches Handeln. Die Ausbootung des Beirates war insofern konsequent. Denn dabei hätten wir nur gestört.

Dass es in Niedersachsen die von Ihnen und anderen Politiker*innen versprochene ehrliche klare Befragung der Pflegekräfte zur Zukunft der Pflegekammer nun nicht geben wird, ist ein politischer Skandal. Ich kann gut verstehen, wenn das Pflegebündnis Niedersachsen hier von „Betrug“ spricht. Besonders peinlich ist das manipulative Vorgehen Ihres Hauses auch vor dem Hintergrund, dass in Schleswig-Holstein die ebenfalls betroffene Pflegekräfte eine solche klare Fragestellung bekommen werden. Die niedersächsische Politik scheint mit soviel Fairness, Ehrlichkeit und Wertschätzung gegenüber den Pflegekräften überfordert.

Ich erwarte Ihrerseits kein Verständnis für die Entscheidung des Pflegebündnis Niedersachsen und von mir, vor diesem Hintergrund in einem rein dekorativen Gremium nicht als Requisite missbraucht werden zu wollen. Gäbe es dieses Verständnis, gäbe es diesen Konflikt nicht und der Beirat wäre seinem Sinn entsprechend in die Überlegungen miteinbezogen worden.

Mit freundlichen Grüßen



kai boedinghaus, Bundesgeschäftsführer¹

¹ Computerfax; persönliche Unterschrift nicht möglich (vgl. zur Wirksamkeit GmS-OGB, Beschluss vom 5. April 2000 - 1/98; BGH, Beschluss vom 18. März 2015 - Az. XII ZB 424/14)